

Warnschüsse trotz Seenot

Zu: „Sea Watch prangert Gewalt gegen Flüchtlinge an“, FR-Politik v. 12.7.

Die libysche Küstenwache schießt auf Schiffbrüchige. Soweit sind wir jetzt an der EU-Außengrenze. Man schaut nicht mehr zu, wenn jemand ertrinkt. Oder verschämt weg, wenn das passiert. Man schießt. Die Zonengrenze hat uns wieder. Diesmal sind wir es, die auf der falschen Seite stehen. Wir sind der Schießbefehl. Wir sind Honecker und Mielke. Wir sind die Schweine, wenn wir es zulassen, dass auf Schiffbrüchige geschossen wird. Wir sind die Stasi, wenn wir Menschen beim Ertrinken zugucken. Wir sind nicht besser, wenn wir dabei weggucken. Friedensnobelpreisträgerin Europa? Es war einmal.

Ralf-Michael Lübbers, Marienhafen

Konsequent eindämmen

Andreas Gassen: „Alarmismus ist fehl am Platz“ FR-Politik vom 1. Juli

Herr Gassen nennt ein entschlossenes Vorgehen gegen die Krankheit Panik und seine Ausrichtung am vermuteten Infektionsgeschehen „starr“ und „schon immer falsch“. Laut Wissenschaft können wir alle die Fallzahlen aber desto bequemer noch weiter drücken, auf je niedrigerem Niveau sie schon einmal sind. Herr Gassen missachtet aber nicht nur das: Nach allem, was etwa die Kinder schon für uns alle auf sich genommen haben, lädt er dazu ein, jetzt sie und andere Menschen, die sich nicht impfen lassen können, auch im Ausland, ungeschützt der Krankheit auszusetzen. Nach Gassen sollen wir dem Virus mit den Impfungen einen Gefallen tun, anstatt es mit ihrer Hilfe konsequent einzudämmen. Mark Jehner, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/delta

Solidarität mit Assange

Zu: „Lieber Julian Assange“, FR-Titel vom 3. Juli

Glückwunsch zum Geburtstagsbrief an Julian Assange auf der Titelseite! Das Schweigen der anderen Zeitungen („Junge Welt“ ausgenommen) beschämt die gesamte Branche und ist ein weiterer Sargnagel für unsere in Auflösung begriffene Demokratie. Jede Solidarität mit einem Journalisten und schärfster Protest gegen diesen zum Himmel schreienden Fall sollte von Kollegen eine Selbstverständlichkeit sein. Gerade jetzt, wo die USA weiterhin seine Auslieferung betreiben werden. In was für barbarischen Zeiten leben wir?

Gudrun Hinz-Warnke, Hamburg

Diskussion: frblog.de/assange-2



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210712

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Macht unter Mächten: ‚Strategische Autonomie Europas?‘“ Mit Hanna Pfeifer (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), Michael Gahler (CDU, MdEP), Alexander Kmentt (Botschafter, ständiger Vertreter Österreichs im sicherheitspolitischen Komitee der EU), Martin Winter (Journalist. Zur Teilnahme in Präsenz registrieren Sie sich bitte auf fr.de/anmeldung (Stichwort „HSFK“). Livestream: youtube.com/hausamdom
Donnerstag, 15. Juli, 19 Uhr
Haus am Dom, Domstr. 3, Frankfurt

Thomas Kaspar und **Karin Dalka** sprechen mit Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock über die Veränderungen, die ein Wahlsieg der Grünen bewirken würde. Im Anschluss diskutiert Sie mit Leserinnen und Lesern der FR. Wenn Sie dabei sein möchten, mailen Sie uns Ihre Frage mit einer kurzen persönlichen Vorstellung an chefredaktion@fr.de (Betreff: „Baerbock“). Es ist noch nicht absehbar, ob Fragende persönlich anwesend sein können oder per Zoom zugeschaltet werden. Es wäre daher notwendig, dass sie über einen PC verfügen, mit dem Sie per Videokonferenz teilnehmen können. Bitte bewerben Sie sich bis zum 18.5., 12 Uhr.
Mittwoch, 21. Juli, 18.30 Uhr

Armin Laschet, der Retro-Politiker

Interview: „Warum soll ein Elektroauto nicht schneller als 130 fahren dürfen?“, FR-Politik vom 5. Juli

Gottes Geschöpf fehlt manche Einsicht

Lieber Herr Laschet, Sie fragen, warum ein Elektro-Fahrzeug, das keine CO₂-Emission verursacht, nicht schneller als 130 fahren soll. Ich weiß, warum. Weil ich mit keinem klimafreundlichen Fahrzeug, das schneller als 130 fährt, in einen Unfall auf der Autobahn verwickelt werden möchte. Nach den bisherigen Erfahrungen sind die Autos dann Schrott, und ich liege auf dem Friedhof.

Sie kommen aus Aachen. Wahrscheinlich sind Sie oft in den Niederlanden gewesen. Wie ruhig, wie gelassen lässt sich dort auf den Autobahnen fahren. Ich merke deutlich den Unterschied zwischen einer niederländischen und einer deutschen Autobahn. Nach der Statistik ist eine geringe Geschwindigkeit ein guter Garant für Sicherheit auf den Straßen. Wahrscheinlich errechnet sich die Durchschnittsgeschwindigkeit von 117 km, die Sie stolz angeben, aus den vielen Geschwindigkeitsbegrenzungen durch die Baustellen und einzelner Bundesländer.

Schön, dass Sie niemanden etwas vorschreiben wollen. Dabei hat schon der liebe Gott mit Geboten und Grenzen gearbeitet, weil seinem Geschöpf manche Einsicht fehlt. Aber er ist auch nicht im Wahlkampf.

Albert Damblon, Mönchengladbach

Aussitzen und durchsitzen wie einst Kanzler Kohl

Ja nichts „vorschreiben“, schon gar nichts „erzwingen“ und auf keinen Fall, wie angeblich die Grünen wollen, „Umerziehung“. Allein schon der Gebrauch dieses Begriffs verdient hier die Gelbe Diskurskarte, denn „Umerziehung“ ist bekanntlich seit Mao eine Praxis der Kommunistischen Partei Chinas. „Keine Verbote oder Ideologien“ – das „oder“ besagt hier: „Verbote“ äquivalent

mit „Ideologien“! „Ideologie“ aber heißt, mittels Verschleierung zwecks Umsetzung etwas anderes sagen und/oder meinen als de facto intendiert. Und apropos „Verbote“. Was macht Laschet gerade in seinem Bundesland mit seinem einschränkenden Demonstrations-Verbotsgesetz?

Es ist klar, was er intendiert. Der Wählendenschaft soll das Gefühl gegeben werden: Keine Aufregung, keine Sorge – es ist alles gut, wie es ist; was nötig ist, machen wir mit technischen Innovationen, und ihr könnt alle so weitermachen wie bisher, so in den Urlaub auf Mallorca mit dem Billigflieger oder nach Usedom statt mit dem ICE mit einem Inlandsflug. Laschet aber steht nicht an, sich für derlei Wohlfühlpolitik „Vernunft“ zu attestieren. Überall will er nach Wählendenstimmen fischen: rechtsaußen (siehe die Causa Maaßen), bei konservativen Gewerkschaftern (vgl. seine Kohlepolitik) und wohl auch bei potenziell „grün“ Wählenden, indem die Grünen als unglaublich hingestellt werden.

Und dann sollen also diejenigen, die sagen: „Nein, so kann und darf es nicht weitergehen“, die Gesellschaft spalten! Soll in Wahrheit heißen: diejenigen, die eure Ruhe, euer Wohlfühl stören! Also wie Kanzler Kohl „aus-sitzen und durchsitzen“ – jedenfalls solange, bis ein erneutes Urteil des BVerfG Druck macht. Das zeigt freilich auch: Mit Demokratie allein, also mit der Entscheidung der Mehrheit der Wählendenschaft am Wahltag, sind Umwelt- und Klimarettung und ganz besonders ökologische Landwirtschaft nicht zu machen. Manfred Wetzel, Agathenburg

Reisende soll man nicht aufhalten

Welch ein Ignorant! Und so jemand will Kanzler werden. Er führt in Umfragen. Hoffentlich

hat Armin Laschet einmal Recht, und die Umfragen stellen sich als das heraus, was sie sind – Tag-gesmeinungen.

Keine Verbote! Natürlich nicht. Hurra – es lebe die Freiheit! Freie Fahrt für freie Bürger! 130 km/h auf Autobahnen. Natürlich nicht. Wieso auch? E-Autos sind doch emissionsfrei. Doch noch fahren Millionen Verbrenner und nur einige 100 000 E-Autos auf unseren Straßen. Eines davon ist meines. Meine Erfahrung: So bis 120 km/h hält sich der Stromverbrauch in Grenzen. Wenn's schneller wird, wird der Akku auch deutlich schneller leer. Und die Reichweite schwindet. Besser und wohl auch sicherer ist also ein sanfter Gasfuß. Ich las zudem, dass Tempo 130 um die 1,9 Millionen Tonnen CO₂ einspart. Das ist in etwa die Menge, die 55 ärmere Länder dieser Welt insgesamt emittieren (laut Umweltbundesamt Februar 2020).

Für Laschet nicht genug, um die Freiheit freier Bürger zu begrenzen. Auch gegen Billigflüge nach Malle hat er nichts. Er wolle niemand vorschreiben, wie oft er Urlaub mache, sagt er im Interview. Der Energieverbrauch sei eine technologische Frage. Und der Verbraucher. Denkt er da auch über eine technologische Lösung nach? Und weiter – auch dichtere Kontrollen an Grenzen, um die uns erobernde Delta-Variante in Schach zu halten, sind seine Sache nicht. Wer glaube, sagt er, an Schlagbäumen Viren aufhalten zu können, liege falsch. Er hat ja Recht: Aufgehalten werden sollen Reisende, die das Virus importieren. Aber Reisende soll man nicht aufhalten, und es hätt noch immer jot jejanje.

Abwarten ist in diesen Tagen kein Weg in die Zukunft. Aber Laschet kann oder will nicht anders: Er ist halt ein Retro-Politiker. Bertram Münzer, Gütersloh

Diskussion: frblog.de/cdu-2021

Ein Beitrag zu kollektiver Meinungsbildung

Baerbock, die „Plagiate“ und der Plagiatsjäger Stefan Weber: „Jetzt erst recht?“, FR-Tagesthema vom 8. Juli

Angesichts der Debatte über die angeblichen Plagiate von Annalena Baerbock, bei der leider auch die FR suggeriert, es handle sich um begründete Vorwürfe, möchte ich hervorheben: Baerbock hat ein Buch geschrieben, in dem sie ihre politische Positionen und die der Grünen darstellt. Was daran soll ein Plagiat sein, selbst wenn Manches so oder so ähnlich schon mal von anderen geschrieben wurde? Politische Positionen sind das Ergebnis eines kollektiven Prozesses der Meinungsbildung und keine urheberrechtlich geschützten Einzelleistungen. Dies gilt umso mehr, wenn es sich um Positionen der eigenen Partei handelt, an deren Zustandekommen Baerbock beteiligt ist. Es handelt sich bei einem solchen Buch somit keinesfalls um eine Einzelleistung wie bei einer wissenschaftlichen Qualifikationsarbeit. Von Betrug wie bei Plagiaten in einer Doktorarbeit, bei denen

die jeweiligen Autor-inn-en eine eidesstattliche Erklärung abgeben müssen, dass die Arbeit ohne unzulässige Hilfe Dritter und unter Angabe aller benutzten Quellen erstellt wurde, kann erst recht keine Rede sein.

Es ist merkwürdig, dass der Urheber der Vorwürfe, Stefan Weber, in der Debatte kaum beleuchtet wird. Allenthalben ist vom Medienwissenschaftler die Rede. Das suggeriert Objektivität. Beim Aufspüren von Plagiaten betätigt sich Weber allerdings nicht als Wissenschaftler. Er übt diese Tätigkeit im Auftrag Dritter gegen Bezahlung aus, agiert also parteiisch. Wikipedia listet denn auch zu Weber zahlreiche Fälle auf, bei denen seine Plagiatsvorwürfe nachträglich von namhaften Persönlichkeiten oder Gremien als unberechtigt oder unbegründet zurückgewiesen wurden. Im Falle Baerbocks betont Weber allerdings, keinen Auftraggeber

zu haben, sondern sein eigenes investigatives Hobby zu verfolgen. Das klingt kaum glaubwürdig, ist er doch als Österreicher nicht von Baerbocks Wahl betroffen. Zudem erscheint es unglaublich angesichts zahlreicher Akteure, die ein massives Interesse an der Diskreditierung Baerbocks haben: z.B. die Autoindustrie, die Luftfahrtbranche oder die INSM. Motive und Vorwürfe des selbsternannten Plagiatsjägers sind also mehr als fragwürdig.

Fazit: Die Medien und insbesondere die FR sollten den politischen Diskurs auf inhaltliche Positionen fokussieren und nicht Schmutzkampagnen aufgreifen und weitverbreiten. Das Beispiel USA sollte deutlich genug gezeigt haben, wohin das Abgleiten des politischen und medialen Diskurses in Lügen, Halbwahrheiten und Diffamierungen führt. Prof. Ingeborg Tömmel, Politikwissenschaftlerin, Osnabrück